Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1536
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 31. **Mittwoch, 6. Februar 1924, abends.** **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 65 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Siehe Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort Riesa. Nichtzeitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Weg der Reichsregierung.

Die Tätigkeit der augenblicklichen Reichsregierung spielt sich im Gegensatz zu der ihrer Vorgängerin im wesentlichen in den Arbeitsräumen der Ministerien ab. Der Reichstag ist nach Hause geschickt. Reden werden im allgemeinen sehr wenig gehalten. Entscheidende Arbeit wird aber in einem erstaunlichen Umfange geleistet. Da die Volksvertretung nicht mehr die Möglichkeit zu ständiger Unterrichtung der Oeffentlichkeit über Ziele und Wege der Regierungstätigkeit bietet, haben in den letzten Tagen sowohl der Außenminister wie auch der Innenminister Veranstaltungen ihrer Partei benutzt, um über ihre Absichten Aufschluß zu geben. Aus taktischen Gründen hält die Regierung augenblicklich an dem Leitgedanken des Verständigungsuchens Frankreich gegenüber, und zwar auf wirtschaftlichem Gebiete, fest. Es ist ihr auch gelungen, in letzter Zeit wieder die Fäden, die zeitweise in privaten Händen lagen, in die Hand zu bekommen. Der Versuch Rechbergs, eine persönliche Außenpolitik zu betreiben, ist mit betonter Schärfe zurückgewiesen worden. Es läßt sich nicht leugnen, daß Frankreich aus den verschiedensten Gründen, die sowohl auf dem Gebiete der außenpolitischen Entwicklung wie in der durch die Frankbewegung gekennzeichneten Finanzkrise liegen, zur Zeit eine, wenn auch sauer-süße, gute Miene zu dem Verhandlungsspiel macht. Daß Frankreich letzten Endes weder eine wirtschaftliche noch gar eine politische Verständigung wünscht, liegt nach den Erlebnissen der letzten Jahre so klar auf der Hand, daß nur noch jene leider ausschließlich in Deutschland beheimatete Spielart pazifistischer Ideologen das Gegenteil annimmt. Die in der Reichsregierung führenden Männer sind natürlich über Frankreichs Geistesart und Willensziele sich nicht im Unklaren. Mit scharfer Betonung warnt Minister Jarres daher auch die französische Regierung vor einer Rückkehr in die Politik der brutalen Zerstörung. Eine Drohung, die in Deutschland und jetzt wohl auch schon über Deutschland hinaus gut verstanden wird, liegt in den beschwörenden Worten: **„Wenn es nicht zu einer Verständigung kommt, dann kann dieser Kampf nur eine kleine Episode sein in dem furchtbaren Ringen. Dann muß die Welt auf die Dauer schreckliches erleben, denn ein Volk, wie das deutsche, läßt sich auf die Dauer nicht unterjochen."**

Dieser Entschlossenheit nach außen hin, wie sie aus den Worten des Ministers Jarres spricht, steht der ernste Wille gegenüber, im Innern das Gesundungswerk, das in der Schaffung der Rentenmark und in den Abbau- und Sparverfügungen so erfolgreich begonnen ist, mit der nötigen Unerbittlichkeit und Selbstzucht durchzuführen. Wir stehen in einer Zeit der Liquidation. Was die Revolutionszeit an mehr oder weniger fragwürdigen Errungenschaften gebracht hat, ist aus Gründen bitterster Not teils schon abgebaut, teils ist es im Abbau begriffen. **Abbau allein aber kann uns nicht retten, Aufbau muß folgen.** Aufbau einer Verfassung, die der Wesensart des deutschen Volkes mehr entspricht als die von den westlichen Demokratien übernommene, teils übertrieben zentralisierende, teils wirtschaftlich und politisch auflösende Verfassung, die sich das deutsche Volk im Taumel des Zusammenbruches gegeben hat. Auch im Hinblick auf die in Einzelheiten allerdings viel zu weitgehende Denkschrift Bayerns gibt der Reichsinnenminister der Hoffnung Ausdruck, daß eine gütliche Einigung möglich ist.

Neben der Erneuerung und Ausbesserung der wirtschaftlichen und politischen Formen muß aber eine Erneuerung des Geistes im Sinne der nationalen Selbstverantwortung und Selbstachtung hergehen. Es ist eine auf die Dauer nicht ohne Gefährdung der Volksgesamtheit aus der deutschen Zukunft erträgliche Erscheinung, daß die Welle nationalen Erlösungswillens, die durch unser ganzes Volk geht, immer gegen die Planken des Regierungsschiffes anbranden muß. Bis in die Kreise der Jungsozialisten hinein, und dort gerade in scharf geprägten und Achtung erheischenden Ausdrucksformen, regt sich heute das **Bekenntnis zur Nation über Klassen- und Parteigegensätze hinweg** und unter Zurückstellung aller durch die Ereignisse immer wieder übergestraften internationalistischen Irrwege. Das Gefühl für die ungeschriebenen Gesetze der nationalen Würde ist heute gerade in den breiten Massen des Volkes so lebendig, daß man sich nicht ungestraft an ihm vergehen darf. Entgleisungen wie die Beileidsbezeugung bei der Zerstörung des uns geraubten Zeppelinschiffes und das in einer Zeit, in der tausende deutscher Menschen in französischen Kerkern schmachten und kein Tag ohne Mord an deutschen Menschen vergeht, müssen unbedingt vermieden werden. Das ist das mindeste, was in dieser Beziehung von einer Regierung verlangt werden kann, die Wert darauf legt, eine wirkliche Vertretung des Volkes zu sein. Darüber hinaus hat aber jede Regierung, diese und die nach den Wahlen kommende, die Pflicht, die in der jungnationalen Opposition steckenden starken Aufbaukräfte nicht zurückzustoßen, sondern sich ihrer zu bedienen. Die schweren Opfer, die in dieser Zeit von allen Kreisen der Bevölkerung verlangt werden, und verlangt werden müssen, werden nur dann wirklich fruchtbar werden, wenn Regierung und nationale Bewegung, mögen sie in den Einzelheiten ihrer Forderungen naturgemäß auch von einander abweichen, doch in den Grundgedanken gemeinsamen Weg gehen.

Die Sachverständigen-Ausschüsse in Berlin.

)(Berlin. **Der Zweite Sachverständigen-Ausschuß veröffentlicht folgendes Kommuniqué: Die Aufmerksamkeit des Zweiten Sachverständigen-Ausschusses ist auf Pressäußerungen gelenkt worden, nach denen die Ende dieser Woche erfolgende Abreise des Ausschusses aus Berlin dadurch verursacht sein solle, daß die Deutsche Regierung nicht imstande gewesen sei, Fragen, die die deutschen Auslandsguthaben betreffen, zu beantworten. Diese Mitteilungen entsprechen in keiner Weise den Tatsachen.** Der Ausschuß hatte ursprünglich gehofft, daß er seine Berliner Untersuchungen gegen Mitte dieser Woche beendigen könne. Ein Teil des vorzubereitenden Informationsmaterials erforderte jedoch unvermeidlicherweise längere Zeit als erwartet. **Tatsächlich hat der Ausschuß sowohl seitens der Deutschen Regierung als auch seitens der Banken jede nur mögliche Unterstützung gefunden.** Der Ausschuß benutzt gleichzeitig diese Gelegenheit, zu erklären, daß in dem von den Banken übrigens freiwillig zur Verfügung gestellten Zahlenmaterial die Namen auswärtiger Kunden weder erbeten noch bekanntgegeben worden sind. Der Ausschuß hat es nicht für nötig befunden, irgend welche Untersuchungen anzustellen, die das Bankgeheimnis verletzen.

)(Berlin. **Erster Sachverständigen-Ausschuß.** Der **Unterausschuß für Währungsfragen** setzte gestern zunächst seine Beratungen mit Reichsminister **Dr. Luther** fort. Der Plan der **neuen Goldnotenbank** kam hierbei wiederum in großen Zügen zur Erörterung. Der Zweite Unterausschuß beschäftigte sich weiterhin mit den gesamten Fragen des deutschen Budgets. Für heute ist hauptsächlich die Prüfung der in den Reichshaushalt für 1924 eingesetzten Einnahmeposten vorgesehen. Beide Unterausschüsse vereinigten sich gestern zu einer Plenarsitzung.

Der Zweite Ausschuß verhandelte gestern auf grund des deutscherseits gelieferten Materials mit dem deutschen Statistiker Dr. Kuczynski und besprach hierbei besonders eingehend die Wertabschätzungen des in Deutschland gelegenen Ausländern gehörigen Grundbesitzes.

Wie verlautet, hofft auch der Erste Ausschuß seine Beratungen Ende dieser Woche in Berlin zu beenden.

)(Berlin. Wie verlautet, wird der Vorsitzende des Zweiten Sachverständigen-Ausschusses **Mac Kenna bereits am Donnerstag abend Berlin verlassen.** Die **übrigen Mitglieder** der Zweiten Kommission beabsichtigen, **am Freitag abzureisen.** Es wird nur noch ein Revisionssachverständiger in Berlin zurückbleiben, um eine Reihe von Einzelfragen zu prüfen. Die Mitglieder des Zweiten Ausschusses, denen die Kommission Dawes wahrscheinlich in Kürze folgen wird, werden in Paris ihren Bericht über ihre Untersuchungen in Berlin fertigstellen.

Neue französische Vorschläge?

Lord Crewes Unterredung mit Macdonald.

)(London. Der Pariser britische Botschafter, der sich seit Montag hier aufhält, begab sich gestern zu Macdonald. Der stattgefundenen Unterredung mißt man in diplomatischen Kreisen **große Bedeutung bei.** In der Hauptsache soll sie sich auf die **Lage in der Rheinpfalz** bezogen haben. Nach glaubwürdigen Informationen zu schließen, hat Lord Crewe dem englischen Premier-Minister **neue Vorschläge seitens der französischen Regierung für die Verwaltung der Rheinprovinzen** mitgeteilt. Der französische Plan soll namentlich darin bestehen, die Botschafterkonferenz mit der Regierung in der Pfalz zu beauftragen, von der sowohl Nationalisten wie Separatisten ausgeschlossen bleiben sollen. Weiter hat Lord Crewe Macdonald wichtige Vorschläge Poincarés betr. **eine Abänderung der französischen Ruhrpolitik mitgeteilt.** Am Nachmittag begab sich der französische Botschafter St. Aulaire nach dem Foreign Office, wo er mit verschiedenen Unterstaatssekretären längere Aussprache hatte. In Londoner diplomatischen Kreisen ging gestern das hartnäckige Gerücht um, daß Macdonald demnächst das Amt des Außenministers abgeben werde, in der Absicht, sich ausschließlich seinen Aufgaben als Premierminister zu widmen.

)(Paris. Ueber die neuen Vorschläge, die Lord Crewe gestern Ramsay Macdonald zur Lösung des Rheinpfalzproblems mitteilte, wird gemeldet, der französische Ministerpräsident wünscht in der Hauptsache, daß die interalliierte Rheinlandkommission nach Einsetzung einer neuen unparteiischen Verwaltungsbehörde unter Ausschluß sowohl der Separatisten als auch der Nationalen schreite. Der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur erfährt hierzu, daß sich **die englische Regierung für die neuen Pariser Anregungen nicht erwärmen könne.** Macdonald bleibe vielmehr seiner bekannten Auffassung treu, nach der entweder der Haager Schiedsgerichtshof oder der Völkerbund einen Schiedsspruch in dieser Frage stellen müßte.

Das deutsche Kapital im Auslande.

In den letzten Tagen sind in einem Teil der ausländischen Presse Meldungen aufgetaucht, die von Unstimmigkeiten zwischen jenen Sachverständigen, welche die Frage der deutschen Kapitalflucht untersuchen sollen, und der deutschen Regierung zu berichten wußten. Wenn darin gesagt wurde, daß die Sachverständigen mit dem Entgegenkommen der Reichsregierung unzufrieden seien, so tragen solche Nachrichten den Stempel böswilliger Erfindung. Die Reichsregierung denkt gar nicht daran, den Sachverständigen irgendwelche Informationen und Einblicke, deren sie zur Erstattung ihres Gutachtens bedürfen, vorzuenthalten. Freilich sind ihre gesetzlichen Befugnisse beschränkt, soweit es die Einsicht in die Bilanzen der Banken angeht, und die Regierung kann hier nur durch mehr oder minder sanften Druck die Banken zu den gewünschten Auskünften zu veranlassen suchen. Im übrigen wird die Frage des deutschen Kapitals im Auslande in der feindlichen Presse maßlos aufgebauscht. Von wirklich sachkundiger Seite ist oft darauf hingewiesen worden, daß die Ziffern der französischen Propaganda hierüber im Vergleich mit der Wirklichkeit phantastisch hoch sind. Das Problem der tatsächlichen Erfassung der deutschen Auslandsguthaben, die sich doch vorwiegend in neutralen Ländern befinden, bietet natürlich viele Schwierigkeiten. Poincaré müßte aus eigener Erfahrung wissen, daß die Verhinderung der Kapitalflucht, deren Durchführung von Deutschland angeblich allzu lässig betrieben worden ist, außerordentlich schwer ist. Das französische Gesetz gegen die Kapitalflucht vom April 1918 hat, wie der Abgeordnete Dubois im Jahre 1922 in der Kammer eingehend darlegte, völlig Fiasko gemacht. Eine internationale Aufhebung des Bankgeheimnisses ist überhaupt nicht zu erzielen. Die Schweiz hat bisher jedes Ansinnen nach dieser Richtung rundweg abgelehnt. Aehnlich verhält sich Holland. Kürzlich erst wieder ist in einem Bericht der Amsterdamer Hendt-Kertsens-Bank darauf hingewiesen, daß sich die gesamte holländische Geschäftswelt sehr energisch gegen die Aufhebung des Bankgeheimnisses sträubt. Die Haager Regierung würde von den Banken der Ententeländer sicherlich volle Gegenseitigkeit verlangen. Hiergegen würde sich in erster Linie die äußerst steuerscheue französische Bevölkerung sträuben. Vor kurzem hat der kommunistische Abgeordnete der holländischen zweiten Kammer Dr. van Ravesteyn vom Finanzminister Aufklärung darüber verlangt, welche Depositen und andere einforderbare Werte im Besitze deutscher Privatpersonen und Gesellschaften bei holländischen Bankinstituten deponiert seien. Finanzminister Colijn erklärte, daß er über keine Auskünfte hierüber verfüge. Ohne eine besondere gesetzliche Machtbefugnis sei es übrigens unmöglich, solche Auskünfte zu sammeln. Er finde jedoch keine Veranlassung, einen diesbezüglichen Gesetzesantrag zu stellen.

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang auch eine Notiz des „Nieuwe Rotterdamsche Courant", in welcher es heißt: Den Zustand vieler großer deutscher industrieller Unternehmungen kann man nirgendwo besser ergründen als hier in Holland, wo die sagenhaften deutschen Kontos weggeschmolzen sind, wie Schnee in der Sonne und wo die größten westdeutschen Industriellen gegenwärtig von einer Bank zur anderen laufen, um einen bescheidenen Kredit loszueisen. Hinzukommt, daß das erfaßbare deutsche Auslandskapital wohl fast ausschließlich legalen Ursprunges ist, das heißt, der Aufrechterhaltung der internationalen Handelsbeziehungen dient. Das aus Konjunkturgewinnen erzielte und zum Zweck der Verheimlichung beiseitegeschaffte Kapital, auf das die Erfassung sich vorwiegend erstrecken müßte, wird durchweg Schlupfwinkel gefunden haben, die unauffindbar sind. So sehr der Sachverständigenausschuß und die deutsche Regierung im Punkte der Erfassung des deutschen Auslandskapitals grundsätzlich zum Zusammengehen bereit sind, so schwer, ja unmöglich dürfte die praktische Verwirklichung sein. Die englischen und amerikanischen Korrespondenten, die sich zu freiwilligen Helfern der französischen Sabotagepolitik machen, und ungereimtes Zeug über nichtbestehende Unstimmigkeiten zusammenschreiben, erweisen ihren eigenen Landsleuten in der Kommission damit den denkbar schlechtesten Dienst. Die Sachverständigen wissen als erfahrene Finanzleute selbst am allerbesten, daß die Schwierigkeiten nicht im bösen Willen der deutschen Regierung, sondern in der komplizierten Natur des in Frage stehenden Problems liegen.

Das soziale Programm des Arbeitsministers Brauns.

• Köln. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns äußerte sich gegenüber einem Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung" über die vielfach erhobene **Forderung eines allgemeinen Abbaues der Sozialpolitik.** Er erklärte: Er habe kein solches Abbauprogramm. Wirtschaftspolitik ohne Sozialpolitik sei undenkbar, aber allerdings habe die Sozialpolitik auf die Wirtschaftsmöglichkeiten Rücksicht zu nehmen. **Bei unserer heutigen Lage müßten wir uns damit bescheiden, die Grundlage der Sozialversicherung zu erhalten,** um sie in späteren Zeiten wieder ausbauen zu können. **Hinsichtlich der Arbeitszeit** bezeichnete der Minister seine Verordnung vom 21. Dezember als **keineswegs beste Lösung.** Sie sei auch ausdrücklich als „vorläufig" gekennzeichnet, dürfte aber doch einen tragbaren Behelf bieten, da sie die tarifliche Regelung, also die Selbstverwaltung der Beteiligten in den Vordergrund stelle. Jede vorurteilslose und unpolitische Untersuchung müsse zu dem Ergebnis führen, daß die **Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland eine unabwendbare Wirkung des furchtbaren Wirtschaftsdruckes sei,** der auf Deutschland laste. Bezüglich der **Lohnpolitik** berief sich Dr. Brauns auf seinen Brief an den Reichsfinanzminister. Zusammenfassend sagte der Minister zum Schlusse: **Von der Arbeiterschaft wurden angesichts der bedrohten Lage Deutschlands große Opfer gefordert.** Sie habe sich bereit erklärt, diese zu bringen, soweit sie im Interesse von Volk und Staat unvermeidlich sind. Diese Grenze müsse aber unbedingt eingehalten werden. An der heutigen rechtlichen Stellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Staat solle man nicht rütteln.

Die Kruppsche Germaniawerft stillgelegt.

Wie aus **Kiel** gemeldet wird, ist es auf der Kruppschen Germaniawerft zu einem Konflikt zwischen der Arbeiterschaft und der Werftleitung wegen der Frage der Leistung von Ueberstunden gekommen. Nachdem bereits am Montag sich rund 900 von den auf der Werft beschäftigten 7000 Leuten im Streik befanden, legten gestern auch die Schiffsbauer und die noch arbeitenden Leute der Bordmontage die Arbeit nieder. Die Werftleitung hat daraufhin beschlossen, wegen der Unmöglichkeit, den Betrieb fortzuführen, alle Arbeiter, mit Ausnahme der Lehrlinge und der Kriegsbeschädigten, zu entlassen und die Werft von heute ab zu schließen.